

# Abitur - Der föderale Flickenteppich einer gescheiterten Reform

*Tobi Hansen, Neue Internationale 220, Juni 2017*

Ende der 2000er Jahre versprach die neoliberale „Bologna-Reform“, das europäische Bildungssystem endlich wettbewerbsfähig zu machen. Im Kern ging es um die Verkürzung der schulischen und universitären Ausbildung: Das achtjährige Abitur und der Bachelor-Abschluss wurden eingeführt. Die europäische Arbeitskraft sollte so schneller auf den entsprechenden Markt gebracht werden. Dem stimmten alle Staaten zu. Gerade in Deutschland gab es massive SchülerInnen- und Studierendenproteste gegen diese „Reform“.

Nach gut 10 Jahren lässt sich feststellen: Das achtjährige Abitur ist gescheitert. Die Protestierenden von „damals“ haben Recht behalten. Es gab nämlich weiterhin zu wenig LehrerInnenstellen, außerdem verschärfte sich der Wettbewerb um Lehrkräfte zwischen den Bundesländern, was dazu führte, dass manche nur noch angestellte LehrerInnen neu aufnahmen (Nordrhein-Westfalen, Berlin), während andere Bundesländer mit der finanziell besseren Beamtenstellung lockten (Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg).

Auf jeden Fall wurde nirgendwo geplant, mehr Stellen für ein verkürztes Abitur vorzuhalten, weil auch eine „Vollzeitschule“ mehr Personal braucht, von kleineren Klassen und damit besserer pädagogischer Betreuung ganz abgesehen. Und so brachten und bringen die angebotenen „Turbojahrgänge“ den SchülerInnen mehr Verdichtung, Stress und Notenterror. Danach kann schnell der Bachelor (BA)-Abschluss gemacht werden und man darf schon mit Anfang 20 das Wettrennen um eine Festanstellung beginnen, die es immer weniger gibt.

## **Der föderale Flickenteppich**

Die Umsetzung hat in den westlichen Bundesländern nicht geklappt. In Ostdeutschland gab es schon zu DDR-Zeiten das 12jährige Abitur. Dieses bleibt dort auch weiterhin in Kraft, während die westdeutschen Länder das Kunststück wagten, doppelte Abiturjahrgänge zu organisieren, ohne dafür mehr Mittel zur Verfügung zu haben.

In Niedersachsen wird seit 2015 das Abitur wieder komplett in 9 Jahren gemacht, die Ausnahme stellen die „leistungsstarken“ SchülerInnen, die Notenbesten. Diese dürfen früher ihren Abschluss machen. Komplett willkürlich und damit ein willkommenes Wahlkampfthema war die Struktur in Nordrhein-Westfalen. Dort überließ es die alte rot-grüne Landesregierung den Schulen, was sie gemäß ihren Mitteln anbieten – was zur Folge hatte, dass die 612 Gymnasien das G8-Abi offerieren, während an über 500 Gesamtschulen und Berufskollegien das G9 die Regel ist.

Diese Form findet sich in vielen westdeutschen Bundesländern: Die Gymnasien machen das Turbo-Abi, damit zumindest dieses bundesweit irgendwie vergleichbar ist, während die anderen Schulformen beim G9 bleiben. Dieses Chaos wird dann „Wahlfreiheit“ genannt. In Hessen, unter schwarz-grüner Regierung, hat dies dazu geführt, dass jetzt 75 % der jüngeren (7. Stufe) wieder auf G9 zurückkehren und damit G8 nur ein „Nischenangebot“ wird. Abschließend wird in Bayern diese Wahlfreiheit ab dem nächsten Schuljahr wieder eingeführt, womit es dann allein in der Verantwortung der Schulen liegt, ob sie G8 anbieten oder nicht.

Eine Reform, eine Rationalisierung des Bildungsbereichs wurde bundesstaatlich beschlossen, doch

weder geplant noch wurden die nötigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Am Ende dürfen die Schulen, SchülerInnen und Eltern alleine ausbaden, dass die Politik hier versagt hat.

Als Resultat dieser Politik bleibt nur der Wettbewerb um ein schnelleres Abitur zwischen den SchülerInnen und Eltern, während sich die staatlichen Instanzen weder um eine Vereinheitlichung der Bedingungen (schon gar nicht zum Besseren) noch um eine ausreichende Finanzierung der Bildung scheren.

Dies stärkt den vorhandenen sozial selektiven Charakter des Bildungssystems. Die Kinder von AkademikerInnen bekommen sicher ein ordentliches Abitur, die aus der ArbeiterInnenklasse müssen mehr schwitzen, um einen Abschluss zu erlangen, welcher real Chancen im Berufsleben bietet. Mit Haupt- oder Realschulabsolvanz wird es immer schwieriger, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden. Beim Abitur wurde nun der Wettbewerb auf die Ebene der SchülerInnen verlagert. Die Notenbesten können beruhigt G8 machen. Die Eltern, die sich Nachhilfe leisten können, werden weiterhin alles versuchen, damit ein Abitur rauskommt. Die SchülerInnen lernen Rationalisierung und Verdichtung gleich mal in der Schule kennen, sie werden ihnen später noch oft begegnen.

## **Die nächste gescheiterte Reform - die Inklusion**

Einen ähnlichen Reformwillen erleben wir derzeit beim Thema „Inklusion“. Hört sich gut an, wird auch von allen befürwortet, nur dass dazu auch mehr Mittel und Personal benötigt werden, das kann sich anscheinend keiner vorstellen. Wenn tatsächlich sog. Förderschulen, frühere „Sonderschulen“, der Vergangenheit angehören sollen und den SchülerInnen mit Beeinträchtigungen egal welcher Art der Zugang zu ihren AltersgenossInnen und der allgemeiner Bildung ermöglicht werden soll, dann brauchen wir mehr als „I-Kurse“ an den Schulen, wo dann die „Leistungsschwachen“ zusammen weniger lernen.

In der Realität braucht es mehr Sozial-/SonderpädagogInnen, HelferInnen und TherapeutInnen vor Ort, über was die Förderschulen in gewisser Anzahl verfügten, was aber derzeit beim Übergang anscheinend vergessen wird. So gibt es HelferInnen (meistens mit AssistentInnen-Ausbildung) nur für die Kinder mit den schwersten Beeinträchtigungen, aber nicht für den Ablauf in der I-Klasse. Es gibt Sozial-/SonderpädagogInnen, aber nicht für jede Klasse, sondern oft nur für die Jahrgangsstufe. Inklusion wurde draufgeschrieben, de facto wurden Lehrkräfte eingespart und die Inklusion an den „Regelschulen“ läuft so bescheiden ab, dass Forderungen nach der Beibehaltung der Förderschulen wieder populärer werden nach dem Motto: „Dort gab es ja zumindest mehr Personal und Mittel für diese Aufgabe“.

Ein weiterer wichtiger Punkt beim Thema Inklusion ist eine konstante Betreuung, soll heißen, die SchülerInnen brauchen auch Bezugspersonen/Lehrkräfte, die nicht quartalsweise wechseln, sondern über einen längeren Zeitraum da sind. Die fehlende Ausstattung beim Personal, die immer wieder „vorübergehend“ durch wechselnde Lehrkräfte gelöst wird, wird von Schulen und Eltern zurecht als Problem betrachtet, das dem Ziel Inklusion komplett entgegensteht.

## **Wofür eintreten?**

Nach dem Scheitern des Turbo-Abis droht ein Flickenteppich. Aber selbst bei einer Rückkehr zu G9 wären die grundlegenden Probleme - Leistungsverdichtung, Konkurrenz, soziale Selektion, Kostendruck, Privatisierungen - nicht gelöst. Diese Entwicklung führt außerdem auch dazu, dass die Inklusion eine bloße Absichtserklärung bleibt.

Ein Kampf gegen die kapitalistischen Reformen muss sich daher auf zwei unmittelbare Ziele richten. Erstens die ausreichende Finanzierung der schulischen Ausbildung durch die massive Besteuerung

der Unternehmen, ihrer Gewinne und der Privatvermögen der Reichen.

Zweitens geht es um die Frage, wer die Lehrinhalte kontrolliert - sind es Unternehmen und die BildungsbeamtInnen des Staates oder von den SchülerInnen, Eltern, Beschäftigten und Gewerkschaften gewählte Komitees? Damit einher geht auch die Forderung nach der Abschaffung von formalen Selektionsmechanismen wie dem Numerus Clausus und nach einer Einheitsschule aller SchülerInnen und Schüler bis zum 18. Lebensjahr. Eine solche Perspektive müsste eng mit dem Kampf für tariflich gesicherte und ausreichende Ausbildungsplätze und die Öffnung der Hochschulen für alle verbunden sein.